



Medienmitteilung

Zürich, 28. November 2024

Beschlüsse der Kommissionen

KSSG: Aufgaben sollen zwischen Sozialbehörde und Sozialdienst aufgeteilt werden

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, im Sozialhilfegesetz eine klare Zuteilung der Aufgaben zwischen Sozialbehörde und Sozialdienst vorzunehmen ([5940](#)). Die Sozialbehörde soll neu ausschliesslich für die strategischen und politischen Aufgaben zuständig sein. Die operative Fallführung erfolgt in einem Sozialdienst, und die Entscheide über die Gewährung von Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe werden durch geeignetes Fachpersonal gefällt. Eine Minderheit aus SVP und FDP sieht in der Vorlage keinen Mehrwert und lehnt die Gesetzesänderung ab. Sie will es weiterhin den Gemeinden überlassen, wie sie sich organisieren wollen, und Kompetenzverschiebungen zum Sozialdienst nicht auf Gesetzesstufe verankern.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

KBIK: Echte Wahl- und Abstimmungsunterlagen für die Schulen

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Fiktive Abstimmungs- und Wahlunterlagen für den Unterricht zur politischen Bildung» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 293/2022](#)). Mit dem Postulat der Mitte wurde verlangt, dass den Schulen für die politische Bildung fiktive Wahl- und Abstimmungsunterlagen gratis oder kostengünstig abgegeben werden. Die Regierung gleiste ein Projekt auf, sodass den Schulen echte, aber entsprechend gekennzeichnete Wahl- und Abstimmungsunterlagen abgegeben werden können, was die pädagogische Wirkung erhöht. Das Postulat ist damit erfüllt.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.